

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 4

Artikel: Umbau in der Direktion
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092949>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umbau in der Direktion

Während das gemeinsame Haus der Sowjetvölker in allen seinen Vorbauten einzustürzen droht, hat sich die (noch) führende Kraft der Sowjetunion, die KPdSU, neu definiert. Sie folgt damit einerseits der Logik der sowjet-eigenen Perestrojka (des Umbaus) und andererseits dem inzwischen viel weiter gediehenen Beispiel des osteuropäischen Aufbruchs. In geschichtlichen Wendezeiten verschwimmen bei historischen Leistungen die Kriterien der Freiwilligkeit oder Unfreiwilligkeit im gewaltigen Strom der summierten Ereignisse, und so verhält es sich auch hier.

Die sogenannte «Plattform», die das Zentralkomitee angenommen hat, ist nominell «nur» der Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm, über das definitiv der Parteikongress im Juni/Juli zu befinden haben wird. Überdies sind alle staatlichen Auswirkungen vom Obersten Sowjet zu beschliessen, der massgeblichen Instanz auf diesem Gebiet. So hat das Papier provisorischen Charakter.

Die Meinung, dass demnach «noch nichts passiert» sei, wäre indessen falsch. Vielmehr ist Entscheidendes passiert, und zwar deshalb, weil hier ein Klub von Privilegenträgern eine Menge seiner Privilegien abgegeben hat, und da besteht kein Grund zur

Annahme, dass die weniger Privilegierten dem nicht zustimmen würden. Sie werden höchstens in der eingeschlagenen Richtung noch weiter gehen wollen, und somit droht weder vom Parteikongress noch vom Parlament ein Rückschritt. (Das Sträuben im Apparat ist eine andere Geschichte, und man kennt sie seit fünf Jahren. Es vermasselt viel, aber es stellt die Weichen nicht um.)

Alle programmatischen Änderungen zählen also schon jetzt, und sie sind gross.

- Die Partei anerkennt die Menschenrechte und Bürgerrechte ohne Klassengebundenheit oder dialektische Vorbehalte: «Die wichtigste Errungenschaft der Perestrojka ist die Anerkennung der persönlichen Freiheit als entscheidenden Wert.» Zur Gewährleistung der Menschenrechte sei eine Wende vollzogen worden. Die Partei will sich einsetzen für Glaubens- und Gewissensfreiheit, für die Freiheit der Meinungsäusserung, für Pressefreiheit, für Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.

Neu ist nicht die Nennung dieser Begriffe; sie kamen in den zentralen Dokumenten schon bisher vor. Aber die betreffenden Rechte und Freiheiten waren an den Zweck gebunden, dem Sozialismus zu dienen; anders wurden sie nicht gewährt. Nun entfällt diese Bedingung, und das macht eine Welt aus.

- Die Partei macht deutlich, was die schon «gewährleisteten» Sozialrechte bisher wert gewesen sind. So fordert der Text, das Recht auf Arbeit sei «zu verwirklichen».

Das gehört zu den Bemühungen, mit den blossen Lügen von sozialistischen Errungenschaften allmählich Schluss zu machen.

- Die Partei entsagt ihrem Machtmonopol. Der Text spricht von der «Notwendigkeit, dass die Partei ihren Status in der Gesellschaft grundlegend verändert, dass sie ihren Unfehlbarkeitsanspruch und ihr politisches Monopol aufgibt. Die Partei hat sich keine staatliche Macht anzumassen.»

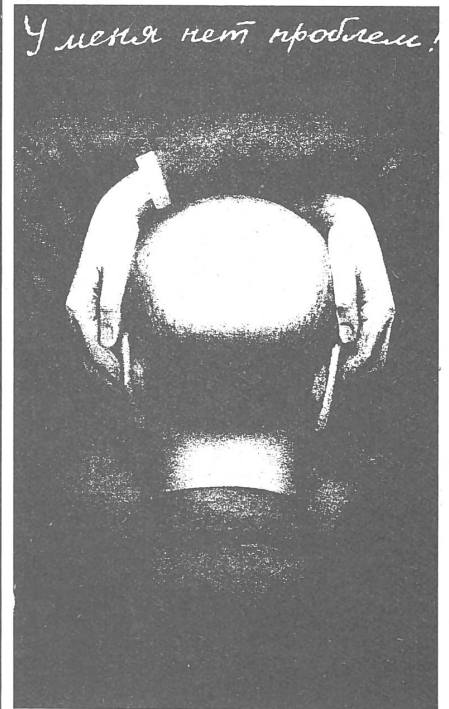
Das entspricht der neuzeitlichen Wende der Kirchen zum Verzicht auf weltliche Massgeblichkeit. Ein moralischer Führungsanspruch tut niemandem weh, solange es jedem Bürger freigestellt ist, ihn anzuerkennen oder nicht.

- Die Partei bekennt sich zu rechtsstaatlichen Kriterien, die sie bisher nicht gelten liess. «Gesetzgebende, ausführende und richterliche Behörden müssen voneinander getrennt werden.»

Die Gewaltentrennung galt zuvor als Merkmal der feindlichen Gesellschaftsordnung bourgeoiser Demokratien. Die kommunistisch geführte Gesellschaftsordnung stipulierte (in der UdSSR so gut wie anderswo) das Prinzip der Gewalteneinheit, gegründet auf das als einheitlich supponierte Interesse des gesamten Volkes.

- Die Partei spricht sich für den Fortgang der «Demokratisierung» aus. «Das Wahlsystem sollte mit den Grundsätzen allgemeiner, gleicher und direkter Wahlen in Übereinstimmung gebracht werden.»

Dieser Passus bedeutet, wie andere Stellen zum Demokratisierungsthema auch, nicht die Einführung der Demokratie, wohl aber einen Fortschritt auf dem Weg dazu. Er



«Ich habe keine Probleme.» («Dialog», Organ des Zentralkomitees der KPdSU, Moskau, Nr. 1/1990.)

In dieser Nummer

Opposition zum Postsozialismus	5
Die Konföderation Unabhängiges Polen	
Polen in Europa	6
Aus einer Rede von Tadeusz Mazowiecki	
Was kann der Westen tun?	8
Die Reformbewegung in Osteuropa	
Briefe	9
Zur Frage der Ukrainer	
Neuer Anlauf	10
Zum Frieden im Nahen Osten	
Die Teilung Polens	12
Die Schweizer Kommunisten 1939	
Bitte beeilen	16
sagen die Moskauer zur Perestrojka	



«Die Parteibeschlüsse gelten dem Leben!»
 («Ogonjok», Moskau, Nr. 4/1990.)

widerspricht zudem den früheren Ansprüchen auf eine spezifische «sozialistische Demokratie».

● Die Partei opponiert einem Mehrparteiensystem nicht mehr grundsätzlich. «Die gesellschaftliche Entwicklung ist mit der Bildung von politischen Parteien nicht unvereinbar.»

Das tönt minimalistisch, aber der qualitative Wandel der Einstellung ist endlich geschafft. Bis in die jüngste Zeit hinein hatte sich die Parteiführung gegen jegliches Ansinnen (zum Beispiel von Sacharow vorgetragen) zur Anerkennung des politischen Pluralismus verwahrt. Der anhaltende Vorbehalt gegen seine Einführung dort und jetzt steht der Feststellung nicht entgegen, dass die Partei diesbezüglich über ihren Schatten gesprochen ist, mühsam genug, aber doch.

● Die Partei hat wirtschaftlich mit einem marxistischen Grundprinzip gebrochen. «Die Wirtschaftsreform ist undenkbar ohne eine tiefgreifende Umstrukturierung der Eigentumsverhältnisse. Die KPdSU befürwortet verschiedene Eigentumsformen. Sie ist der Ansicht, dass individuelles, erarbeitetes Eigentum, *einschliesslich des Eigentums an Produktionsmitteln*, der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nicht widerspricht.»

Nun ist nach marxistischer Auffassung das Privateigentum an Produktionsmitteln genau das, was den Kapitalismus ausmacht. Das gesamte Gerüst der marxistischen Ideologie baut auf dieser Definition auf, die jetzt von Bord geschwemmt ist.

Die schamhafte Bezeichnung vom «individuellen» Eigentum (sie schloss bis anhin das individuelle Eigentum an Produktionsmitteln eben aus) spielt keine oder fast keine Rolle mehr, weil das Privateigentum an Produktionsmitteln inhaltlich definiert und tatsächlich gemeint ist. Man scheut nur noch das Wort und nicht mehr die Sache.

● Die Partei will die Wirtschaftsreformen vorantreiben, wie auch immer. «Das bisherige Kommandosystem der Wirtschaft ist gekennzeichnet durch Monopolismus, Inaktivität, Verschwendung, Missmanagement und Missachtung der Verbraucherinteressen. Es ist zu ersetzen durch ein System, in welchem Planwirtschaft und Marktwirtschaft vereinigt sind. Es gründet sich auf unterschiedliche Eigentumsformen, auf den Wettbewerb unter unabhängigen Produzenten, auf fortschrittliche Finanzkonzeptionen und auf die verstärkte Stimulierung persönlicher wie kollektiver Interessen.»

Fortsetzung Seite 4

LIEBE LESER

Von der osteuropäischen Opposition gegen den Postsozialismus ist in dieser Nummer (S. 5) am polnischen Beispiel die Rede, aber die Erscheinung kommt auch anderswo vor, so unterschiedlich sie auch aussieht. Die heftigen Auseinandersetzungen in Bukarest am letzten Wochenende zeigen die Problematik von Übergangsregierungen, die mindestens personell zum Teil (und zum Teil notgedrungen) mit der vorherigen Ordnung verhaftet sind. Ihre Opposition zum jeweils letzten Diktator scheint vielen Leuten noch kein ausreichender Beweis für ihre Opposition zur gebliebenen Diktatur.

Wieviel Sozialismus man in die neue Zeit hinübernehmen will, ist eine Frage, die sich politisch, wirtschaftlich und sozial stellt und deren Beantwortung mittels freier Wahlen möglich wird. Die sozialistische Hinterlassenschaft bleibt auch dann noch zu tragen. Am schlimmsten sieht es da in ökologischer Hinsicht aus. Die Umweltzerstörung ist in riesigen Gebieten des Ostens so fortgeschritten, dass man gar nicht weiss, wieviel an lebensfähigen Grundlagen überhaupt noch übrigbleibt.

Der DDR-Schriftsteller Rolf Schneider sieht die anhaltende Flucht seiner Landsleute in die Bundesrepublik aus einem absolut existentiellen Grund für gerechtfertigt an: «Nachdem die Umweltdaten im Lande bekannt wurden und sich als noch viel entsetzlicher erwiesen, als die ärgsten Skeptiker mutmassen, nachdem man weiss, dass die Einwohner in Espenhain, Bitterfeld, Merseburg oder Schneeberg seit Jahrzehnten systematisch vergiftet werden, kann man nur dringlich zuraten, dieses menschenfeindliche Land zu fliehen, um die eigene Gesundheit und die Zukunft der Kinder zu bewahren. In jedem westdeutschen Notaufnahmelager ist die Luft bekömmlicher.» («Der Spiegel», 5. 2. 1990.) Und dabei stimmt es nicht einmal, dass die Umweltdaten schon bekannt sind. Die Messungen haben erst angefangen. Noch weiter zurück ist man in andern osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion.

Aus welchen zum Teil durchaus un schönen Gründen die Zentralasien heute auch aufbegehren mögen, sie hätten einen fundamental legitimen Grund dazu: ihre ökologische Notwehrsituation. Schon in der Nähe der vergifteten Baumwollfelder krepieren das Vieh, und die Kinder kommen krank zur Welt. Das sind Notstandsgebiete, die man eigentlich evakuieren müsste. Aber es wurden Flüchtlinge aus Armenien hingebacht. Man hat schon gesagt, dass der Sozialismus widernatürlich sei, aber daran hat man nicht gedacht. Christian Brügger

Umbau

Fortsetzung von Seite 3

Wie sich die Mischformen (wo gibt es sie schliesslich nicht?) dann ausnehmen sollen, ist eine Frage der Praxis. Gegenwärtig sieht es schlecht aus damit, aber das liegt weniger an dieser oder jener Reformkonzeption als vielmehr am mitgenommenen Syndrom der kumulierten Systemübel. Theoretisch müsste man vielleicht tabula rasa machen und neu anfangen. Aber wie soll man dann dafür sorgen, dass die Leute in der Zwischenzeit nicht verhungern?

● Die Partei bestätigt – und das ist angesichts der heutigen Realitäten im mürben Sowjetimperium eine Hauptsache – ausdrücklich das verfassungsmässige Sezessionsrecht der einzelnen Sowjetrepubliken. «Die Partei bekräftigt ihr Bekenntnis zu Lenins Prinzip vom Recht der Völker auf Selbstbestimmung, einschliesslich der Abspaltung, und tritt für die Annahme eines Gesetzes für einen Mechanismus zur Ausübung dieses Rechtes ein.»

Das nimmt sich für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken selbstmörderisch aus, war aber wahrscheinlich nicht mehr zu umgehen. Soviel ich weiss, erkennt sonst kein Staat der Welt seinen territorialen Bestandteilen ein Sezessionsrecht zu, und die Parteiplattform wäre eine (oder die letzte) Gelegenheit gewesen, eine diesbe-

zügliche Normalisierung der Verfassung vorzuschlagen.

Wie ist es zur abnormen sowjetischen Regelung gekommen? Lenin anerkannte das Selbstbestimmungsrecht der Völker mittels einer vorbewussten taktischen Lüge und zerrt es bei erster Gelegenheit mit Gewalt. Stalin nahm das Sezessionsrecht in die Verfassung auf, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, dass seine Inanspruchnahme total verunmöglicht war. Tatsächlich bedrohen die Strafgesetzbücher der Sowjetrepubliken bis auf den heutigen Tag einen vorsätzlichen Anschlag auf die territoriale Integrität der UdSSR mit der Höchststrafe des Todes. Aber das ist heute bloss noch Papier, wie früher das Sezessionsrecht bloss Papier war.

Und jetzt will das KPdSU-ZK den Sowjetrepubliken zur praktischen Durchführung ihrer Sezessionsbegehren verhelfen. Das ist die wahrscheinlich schicksalhafte Einlösung des Versprechens, das Gorbatschow den Litauern vor zwei Monaten noch vorbehaltlich gegeben hatte. Wie sollten sich zum Beispiel die baltischen Länder da noch zurückhalten? Sie würden damit von jetzt an bloss noch päpstlicher tun als der Papst. Nun, die Büchse der Pandora ist wohl weder so noch anders wieder zu schliessen.

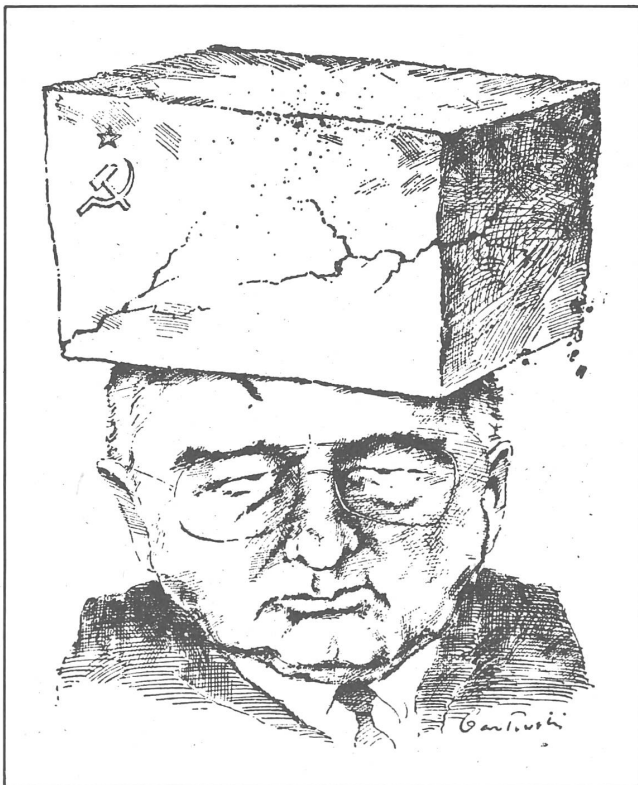
Wie ist die Parteiplattform insgesamt zu bewerten? Sie stellt eine gewaltige Veränderung dar, wenn man an die bestehenden Texte von Parteiprogramm, Parteistatut und Staatsverfassung denkt. Das ist zu sehen.

Aber dann ist noch das andere zu sehen. Die nominell gültigen Texte von Programm, Statut und Verfassung sind (nicht anders als viele Strafrechtsbestimmungen usw.) schon längst von der real fortgeschrittenen Zeit überholt worden. Sie stellen Anachronismen dar, die das Leben für ihr Zuspätkommen täglich mit Missachtung bestraft. Und so betrachtet, stellt der Programmtextwurf trotz seiner grundlegenden Änderungen nur notdürftig den Anschluss an eine Entwicklung her, die in etlichen Belangen der Parteiprogrammatik voranläuft und zum Teil auch davonläuft.

Etwas anderes relativiert die Sache auch parteispezifisch. Soweit der Text den Charakter einer Absichtserklärung hat, wiederholt er Texte und Parteibeschlüsse vergangener Jahre, ohne in den Hauptpunkten weitergekommen zu sein. In der Abhebung vom bisherigen System bleibt er eher hinter dem zurück, was Gorbatschow in seiner Rede vor dem ZK-Plenum im Januar 1957 gesagt hatte. In seinem Willen zur Schaffung eines Rechtsstaates mit Gewaltentrennung und entsprechenden Institutionen geht er nicht über das hinaus, was die Parteikonferenz vom Juni 1988 bereits zu einem Parteibeschluss erhoben hatte. Das jetzige Verdienst besteht eigentlich darin, dass nunmehr auch das Zentralkomitee jene Beschlüsse verbindlich zur Kenntnis genommen hat; bis jetzt hatte es seine Mühe damit.

Schliesslich hat auch der Sowjetstaat selbst schon grundlegende Neuerungen durchgeführt, zu dem ihm die Partei jetzt nachträglich grünes Licht gibt. Die Institution des Volksdeputiertenkongresses als höchster Instanz des Landes ist das Hauptbeispiel dafür. Sie anerkennt nichts, das ihr übergeordnet wäre, auch nicht die führende und lenkende Kraft der Partei. Ihre ausschliessliche Zuständigkeit für alle Angelegenheiten des Landes und ihr eigenes Ermessen für alle Entscheidungen sind ausdrücklich im Artikel 108 festgehalten, wie er seit der Verfassungsänderung von Ende 1988 besteht. Dieser Artikel steht damit im expliziten Widerspruch zum Artikel 6, der die KPdSU als führende und lenkende Kraft aller staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen der UdSSR definiert. (Zu diesen Fragen siehe Laszlo Revesz: «Die neue Volksvertretung», Zeitbild Nr. 2/1989.)

Die akute Frage, wieweit die Parteiplattform auf die Zeit noch Einfluss nehmen kann, betrifft freilich den territorialen Bestand der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit ihrem Vielvölkerstaat. Gegenwärtig explodieren die Ereignisse in Zentralasien so, dass man die gewaltlosen Demonstrationen der Ruch in der Ukraine und der Volksfront in der Moldau gar nicht mehr wahrnimmt; dabei sind sie von präzedenzlosem Ausmass und zeigen, dass der Komplex, den der Ausdruck «Nationalitätenfrage» nur noch verniedlicht wiedergibt, zum gesamtsovjatischen Prüfstein par excellence geworden ist. ■



«Gazeta Wyborcza»,
herausgegeben von
der Solidarnosc,
Warschau, 7. 2. 1990.